



23/SVV/0681

Antrag
öffentlich

Parkhaus Nähe Campus Jungfernsee öffentlich nutzbar machen

<i>Einreicher:</i> Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam, Fraktion SPD	<i>Datum</i> 06.07.2023
---	----------------------------

<i>geplante Sitzungstermine</i>	<i>Gremium</i>	<i>Zuständigkeit</i>
06.09.2023	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung
21.09.2023	Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität	Vorberatung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und unter welchen Bedingungen das in unmittelbarer Nähe des Campus Jungfernsee gelegene private Parkhaus am Konrad-Zuse-Ring zum Teil für die Öffentlichkeit nutzbar gemacht werden könnte. Der Stadtverordnetenversammlung ist bis Dezember 2023 zu berichten.

Begründung:

Begründung:

Der Campus Jungfernsee erfreut sich seit seiner Eröffnung Ende 2017 wachsender Beliebtheit, auch bei Park&Ride-Pendler*innen. Zu Stoßzeiten platzt der Parkplatz daher aus allen Nähten. Den bereits erfolgten Diskussionen in den Ausschüssen in den letzten Monaten war zu entnehmen, dass sich an der Situation in den kommenden Jahren nichts ändern lässt, da der Platz vor Ort begrenzt ist und der Bebauungsplan auch keine Erweiterung hergibt. Ein jahrelanges Warten auf Umstiegsmöglichkeiten in Krampnitz ist für die Pendler*innen von heute ebenfalls keine ernsthafte Option. Die Konsequenz ist, dass Pendler*innen notgedrungen am Parkplatz vorbei weiter in Richtung Innenstadt fahren.

Das nahegelegene private Parkhaus hingegen ist bis heute nur schwach ausgelastet, da der Eigentümer teilweise auch eigene Shuttle-Verkehre zum Arbeitsplatz anbietet. Das Parkhaus ist laut der Verwaltung auch bereits so konzipiert worden, dass theoretisch Zugangsmöglichkeiten für Externe schaffbar wären. Daher könnte ein Dialog mit Eigentümer positive Ergebnisse für die Pendler*innen ergeben.

Anlagen:



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:	
Titel des Antrages:	
Drucksache Nr.:	TOP:

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung
2. Berücksichtigung im Haushaltsplan
3. Zeitliche Umsetzbarkeit
4. Inhaltliche Einordnung

Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r